

Volker Kronenberg

Wertvoller Kompass gen Münster

*Jens Hacke: Philosophie
der Bürgerlichkeit.*

*Die liberalkonservative
Begründung der Bundes-
republik, Vandenhoeck &
Ruprecht, Göttingen 2006,
299 Seiten, 39,90 Euro.*

In einer Zeit, in der vom „nahenden Ende der politischen Philosophie“ die Rede ist, in der gar dazu aufgerufen wird, jenen unlängst noch als „Staatsphilosophen des demokratischen Deutschland“ (Joschka Fischer) apostrophierten und hochgeehrten Jürgen Habermas zu „vergessen“ (CICERO), in der also ganz offensichtlich die geistigen und politisch-kulturellen Koordinaten unserer „geglückten Demokratie“ (Edgar Wolfrum) einer Re-Vision unterzogen und manche Urteile vorschnell gefällt, ja manche Botschaften allzu schrill vermarktet werden, kommt das vorliegende Buch gerade recht.

Der Berliner Politikwissenschaftler Jens

Hacke hat eine Monografie vorgelegt, die größte Beachtung und Respekt verdient. Hacke geht es um nicht weniger als eine Rekonstruktion der „liberalkonservativen Begründung der Bundesrepublik“ – ein, vorsichtig ausgedrückt, ambitioniertes Unternehmen, dessen Tragweite jedem sofort einleuchtet, der sich an jenen von Clemens Albrecht 1999 vorgelegten Band zur „intellektuellen Gründung der Bundesrepublik“ durch die „Frankfurter Schule“ erinnert. Wem darüber hinaus die jüngsten Äußerungen Hans-Ulrich Wehlers über die zu verteidigende „Hegemonie der links-liberalen Öffentlichkeit“ als eigentlichen Kern des „Historikerstreits“ der späten Achtzigerjahre präsent sind, der weiß, was zur Disposition steht.

Doch Jens Hacke entzieht sich souverän jeder Politisierungsgefahr seines Untersuchungsgegenstandes. Seine Motivation ist es nicht, Jürgen

Habermas und dessen Einfluss auf die politische Kultur unseres Landes „vergessen“ zu machen oder der Kritischen Theorie der „Frankfurter Schule“ den Kampf anzusagen – nein, auf solche Simplifizierungen lässt sich der Autor klugerweise nicht ein. Hackes Buch ist keine wissenschaftlich verbrämte Kampfschrift „liberalkonservativ“ gegen „links“; es enthält sich jeder Polemik und setzt an die Stelle des „Entweder-oder“ das „Sowohl-als-auch“. Dies jedoch in aller gebotenen Entschiedenheit. Ihm geht es darum, ein allzu schlichtes Bild von der Ideengeschichte der jungen Bonner Demokratie nach der großen Katastrophe behutsam, differenziert, argumentativ überzeugend statt apodiktisch behauptend um wesentliche Linien zu ergänzen. Will heißen: Vor der intellektuellen Gründung der Bundesrepublik von „links“ erfolgte, wie Hacke nun erstmals systematisch aufzuzeigen versteht, eine „konservative

Option für die bürgerlich liberale Demokratie“ (Odo Marquard) bereits in jenem Formierungsjahrzehnt der Bonner Republik, das bei vielen Zeitgenossen mit dem Verdikt von „Mief“, „Enge“, „Kleingeistigkeit“ und „Vergangenheitsverdrängung“ belegt wurde – und bei manchem wie Günter Grass bis heute und wider besseres Wissen belegt wird.

„Verfassungspatrioten“ des eigenen Landes

Im Mittelpunkt von Hackes Analyse steht damit die sogenannte „Ritter-Schule“ des Münsteraner Philosophen Joachim Ritter, zu der unter anderen Philosophen und Staatsrechtslehrer wie Hermann Lübke, Odo Marquard, Robert Spaemann, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Martin Kriele, Günter Rohrmoser und Ernst Tugendhat gehören und die allesamt dem Collegium Philosophicum ihres akademischen Lehrers und Förderers Ritter verbunden waren. Im Gegensatz zu Gesellschaftstheoretikern der Kritischen Theorie wie Theodor Adorno, Max Horkheimer, Herbert Marcuse oder Jürgen Habermas, welche aus ihren massiven Vorbehalten gegenüber dem „spätkapitalistischen System“ der Bundesrepu-

blik beziehungsweise dem „Adenauer-Regime“ keinen Hehl machten, einte diese streitbaren jungen Intellektuellen eine „aus dem Geist der Skepsis formulierte ‚Kritik der politischen Utopie‘ (Spaemann), die Verteidigung von humanistischen und christlichen Traditionen zur Kompensation beschleunigter Modernisierungsprozesse sowie eine Apologie bürgerlicher Lebenswelten“ (Hacke), mithin eine Bejahung jenes Staates, der erst erheblich verspätet mit dem Übergang von der „Bonner“ zur „Berliner Republik“ die retrospektive Absolution von links erhielt. Tatsächlich hatten sich Habermas und andere erst in dem Moment, in dem es galt, „Abschied vom Provisorium“ (Andreas Wirsching) zu nehmen, rhetorisch zu dem erklärt, was die Ritter-Schüler bereits seit Jahrzehnten und mit einem viel weiter gehenden Verständnis des Begriffs ganz selbstverständlich waren: „Verfassungspatrioten“ des eigenen Landes. Ihr vom Autor treffend als *Philosophie der Bürgerlichkeit* charakterisiertes Denken zielt – wie Hackes eindrucksvoll umfangreiche Quellenauswertung ergibt – bis heute auf eine „rationale, eine Identität neu aufbauende Bejahung der Bundes-

republik“. Sie weist einerseits die Restauration eines einseitig positiven, gar verbindlichen nationalen Geschichtsbildes, andererseits die Fixierung der Staatsräson der Bundesrepublik ausschließlich auf den Nationalsozialismus zurück und vermag damit – hochaktuell – einen wichtigen Beitrag zu eben jener politisch-kulturellen Selbstverständigungs-Debatte der Bundesrepublik zu leisten, welche Rot-Grün sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs angestoßen hat. Diese Debatte kreist, sei es in Auseinandersetzung um „Integration“, um „Patriotismus“ oder entlang der Kontroverse „Multikulturalismus versus Leitkultur“, um die sozio-moralische Fundierung eines freiheitlichen, säkularen Gemeinwesens, das eben, wie Ernst-Wolfgang Böckenförde es klassisch formuliert hat, auf Voraussetzungen beruht, die es selbst nicht zu garantieren vermag.

Suche nach „Bürgerlichkeit“

Gerade im Lichte dieser virulenten Selbstverständigungsdebatte besteht Jens Hackes großes Verdienst in dreierlei: Zum einen macht uns seine knapp 300-seitige Studie erneut, in jedem Falle erstmals systematisch und

umfassend, mit Grundbegriffen und Gedankengängen der Ritter-Schule vertraut, deren prägender Einfluss auf die Entwicklung der Bundesrepublik – zweitens – mittels eines zeithistorischen Rückblicks auf die „erbittert geführten Auseinandersetzungen der Siebziger und Achtziger um Bildungspolitik, Regierungs- und Legitimationskrise der westlichen Demokratien, um das Erbe der Aufklärung und schließlich um den Umgang mit der deutschen Geschichte“ nun klar identifizierbar wird. Schlussendlich empfehlen sich – drittens, und dies ist die Pointe für den an Aktualität interessierten Leser – die von Hacke systematisch freigelegten Bausteine einer politischen Philosophie des konservativen Pragmatismus wie „Common Sense“, „Zivilreligion“ oder der „pragmatische

Dezisionismus“ als hilfreiche Orientierungsmarken bei der allgegenwärtigen Suche nach einer neuen Form von „Bürgerlichkeit“ zur Fundierung einer freiheitlichen republikanischen Ordnung. Dass diese neue Bürgerlichkeit keineswegs mittels einer gesellschaftlichen Makrotheorie, sondern viel eher mittels einer Hinwendung zur anthropologisch grundierten Sozialphilosophie des Staatsbürgers in der modernen Gesellschaft und einer damit verbundenen Wiedererinnerung und -etablierung tradierter bürgerschaftlicher Verhaltensweisen möglich wäre – diese ebenso naheliegende wie hoffnungsvolle Einsicht vermittelt die Lektüre des vorliegenden Buches, auch wenn der Autor am Ende seiner Schlussbetrachtung einschränkt: „Konservative waren nie dafür bekannt, neue Lösungen zu bieten

oder Ideenperspektiven zu weiten; die Vernünftigen und Liberalen unter ihnen waren jedoch in der Lage, auf umsichtige Weise zu pflegen, zu bewahren und ihre Gegenwart in Kenntnis der Tradition zu beschreiben. Zu ihnen gehören die Ritterianer ohne Zweifel.“ Was aber, wenn Traditionsvergewisserung heute die situationsadäquate Ideenperspektive wäre? Stünden Konservative dann an der Spitze des Fortschritts? Wie auch immer: Tatsache ist, dass eine verstärkte Beachtung der konservativ-liberalen Gesellschaftsphilosophie der Ritter-Schule bei der geistig-kulturellen Ortsbestimmung unseres Landes ein Schritt in die richtige Richtung wäre. Hackes Buch plädiert dafür. Es schärft unseren Orientierungssinn und weist als wertvoller Kompass gen Münster.

Schwerpunkt der *Politischen Meinung* im November wird das

CDU-Grundsatzprogramm

unter anderem mit Beiträgen von Joachim Herrmann, Eckard von Klaeden, Armin Laschet, Ronald Pofalla, Manfred Weber und Karin von Welck.

Weitere Beiträge widmen sich dem Kunstmarkt 2007, der Neuen Linken, Sarkozys Außenpolitik und den Entwicklungen in Großbritannien von Blair zu Brown.